

„Somit könnten die Rechtsstreitigkeiten in die nächste Runde gehen. Seit einem Urteilsspruch darf die FPÖ das DÖW „pseudowissenschaftlich“ nennen. Schon 2025 hatte die FPÖ die Auftragsvergabe an das DÖW kritisiert, es sei ein `Staatsauftrag` an ein `pseudowissenschaftliches Institut`“.

Wieder FPÖ-Vorwürfe gegen DÖW

(Auszugsweise aus: volksgruppen.orf.at/slovenici/meldungen,29.1. 2026)

Die FPÖ erhebt erneut Vorwürfe gegen das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) und dessen Rechtsextremismusbericht. FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker forderte heute in einer Pressekonferenz, das Innenministerium solle dem DÖW den Auftrag für den Bericht entziehen.

Begründet wurde das mit einem Gutachten des „Plagiatsjägers“ Stefan Weber, der dem DÖW „mehrfaches wissenschaftliches Fehlverhalten“ vorwirft, insbesondere beim vom DÖW erstellten Rechtsextremismus-Barometer. Weber ortete eine „bewusste Manipulation“ zur Erhöhung der Fallzahl und sprach von „Fake Science“.

Weber kritisierte außerdem, dass die Fokussierung im Rechtsextremismusbericht auf die steigende Zahl rechtsextremistischer Tathandlungen irreführend sei. Die ebenfalls im Bericht dargestellten Zahlen der Verurteilungen (2024 in sechs Prozent der Fälle) hätten dagegen trotz Verschärfung des Verbotsgesetzes abgenommen. Deshalb könne man eigentlich sagen, dass die Anzahl tatsächlicher rechtsextremistischer Straftaten insgesamt sogar abgenommen habe. Hafenecker sprach von einem „statistischen Skandal“.

DÖW: Vorwürfe „absurd“

Das DÖW wies die Vorwürfe als „absurd“ zurück. Ziel der Unterstellungen sei offenbar, das Phänomen des Rechtsextremismus kleinzureden, hieß es in einer dem ORF übermittelten Stellungnahme. Die Zahl der Tathandlungen sei sehr wohl ein Indikator für Extremismusphänomene, die Zahl der Verurteilungen sei im Bericht ebenfalls ausgewiesen.

Überrascht über die Vorwürfe sei man nicht, diffamiere die FPÖ doch Fachleute pauschal, so das DÖW. Auch voriges Jahr gab es Vorwürfe der

FPÖ gegen das DÖW, auch damals kam die FPÖ im Bericht prominent vor.

Bezüglich des Rechtsextremismus-Barometers meinte das DÖW, dass konkrete Kritik „natürlich zulässig“ sei. Den Vorwurf Webers von „massenhaften Indizien“ für „Manipulation“ und „Fälschung“ müsse man sich aber nicht gefallen lassen und lasse ihn derzeit juristisch prüfen.

Nächste Runde

Somit könnten die Rechtsstreitigkeiten in die nächste Runde gehen. Seit einem Urteilsspruch darf die FPÖ das DÖW „pseudowissenschaftlich“ nennen. Schon 2025 hatte die FPÖ die Auftragsvergabe an das DÖW kritisiert, es sei ein „Staatsauftrag“ an ein „pseudowissenschaftliches Institut“.

Die vom DÖW angestrebte Klage wurde bis vor das Oberlandesgericht Wien getragen, das im vorigen Oktober zugunsten der FPÖ entschied. Auch Privatpersonen und Vereinigungen, die sich zu Themen allgemeinen Interesses öffentlich äußern, müssten einen höheren Grad an Toleranz zeigen, hieß es.

Ministerien unterstützen DÖW

Hinter das DÖW stellten sich auch Justiz- und Innenministerium. Das Dokumentationsarchiv sei seit mehr als 50 Jahren eine tragende Säule in der Erforschung des Rechtsextremismus in Österreich und darüber hinaus, hieß es in einer gemeinsamen Stellungnahme der Ministerien.